

# Ökonomie – Austerität – Demokratie. Zum Zusammenhang zwischen Austeritätsmaßnahmen und der Zufriedenheit mit der Demokratie in Europa

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Europäische Union und federführend Deutschland entschieden, zur Bewältigung Austeritätsmaßnahmen in den von der Krise betroffenen Ländern zu implementieren. Diese Maßnahmen sind mit unbeabsichtigten Nebenfolgen verbunden, so unsere These, da sie die Zufriedenheit der Bewohnerinnen und Bewohner mit der Demokratie beeinträchtigen. Gerade diese Zufriedenheit aber ist das Fundament für die Legitimität einer Demokratie. Anhand einer Mehrebenenanalyse zeigen wir, welche Wirkungen von der Austerität auf die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem Funktionieren der Demokratie ausgehen.

SEBASTIAN SCHIEF, IVO STAUB

## 1. Einführung

Auch im Jahr 2017 ist die Welt noch mit den Folgen der Finanzkrise, die im Jahre 2007 ihren Anfang nahm, beschäftigt. Hatte sie als Krise auf dem Immobilienmarkt der Vereinigten Staaten von Amerika begonnen, entwickelte sie sich schnell zu einer globalen Krise, die sowohl Industriestaaten als auch Entwicklungsländer in Mitleidenschaft zog. Es ist offensichtlich, dass solche einschneidenden Ereignisse Nationalökonomien – und bis zu einem gewissen Grad auch Gesellschaften – destabilisieren können und eine große Herausforderung für einen demokratischen Kapitalismus darstellen. Gegenwärtig ist es noch schwierig, die Gesamtheit der ökonomischen, politischen und sozialen Folgen (Amacker et al. 2011) und Gründe (Schief/Staub 2013) der Krise und der politischen Gegenmaßnahmen abzuschätzen. Der Fokus dieses Beitrages liegt auf den Konsequenzen der Finanzkrise und den dazugehörigen politischen Maßnahmen auf die Zufriedenheit und Akzeptanz der Demokratie und ihrer Institutionen. Ein negativer Einfluss von Austeritätsmaßnahmen auf die Akzeptanz demokratischer Institutionen wird durch theoretische Überlegungen nahegelegt. Ökonomische Faktoren wie Wohlstand und Ungleichheit haben einen gewichtigen Einfluss auf die Zufriedenheit mit demokratischen Strukturen (z. B. Schäfer 2013) und das Wahlverhalten (Hernandez/Kriesi 2015). Unser Ansatz baut auf diesen Erkenntnissen auf und ver-

sucht, die generelle Frage der Zufriedenheit mit der Demokratie mit den ökonomischen und politischen Entwicklungen seit Beginn der Finanzkrise zu verbinden.

Sowohl Streeck (2011, 2013) als auch Habermas (2013) oder Wright (2010, 2013) weisen auf die grundsätzliche Spannung zwischen der Logik der Demokratie und der Logik des Kapitalismus hin. Im Verlauf der Wirtschaftskrise, so argumentiert Streeck (2011), hat sich dieser Konflikt durch die getroffenen politischen Entscheidungen und die damit verbundenen politischen Maßnahmen – die oft dem Primat der Verkleinerung von Staatsdefiziten folgen und „Deregulierung“ sowie „Flexibilisierung“ umfassen – verschärft. Dies verstärkt sich zudem durch den gewählten Prozess der Entscheidungsfindung und der Implementierung der Maßnahmen. Länder mit hoher Staatsverschuldung werden von „den Märkten“ oder supranationalen Organisationen „gezwungen“, eine sogenannte Austeritätspolitik zu implementieren. Diese beinhaltete etwa starke Sparmaßnahmen, Einnahmenerhöhungen mittels Steuern und Abgaben sowie „Strukturreformen“, welche (angeblich) das Wirtschaftswachstum stärken sollen. Wir nehmen mit Habermas und Streeck an, dass diese Politik eine ernsthafte Herausforderung für die Legitimation der Demokratie ist; Länder mit einer prononzierten Sparpolitik dieser Prägung erleben – so unsere Erwartung – gleichzeitig eine geringere Zufriedenheit mit der Demokratie.

Um diese Hypothese zu überprüfen, verwenden wir Daten aus dem European Social Survey (ESS 2012a). Im ►

European Social Survey wird nach der Zufriedenheit der Befragten mit der Demokratie gefragt. Da wir sowohl an den individuellen Einflüssen als auch an den gesellschaftlichen Ursachen – insbesondere der Austeritätspolitik – interessiert sind, überprüfen wir die individuelle Zufriedenheit mit der Demokratie anhand einer Mehrebenenanalyse.

Im Folgenden wollen wir zu Beginn den Zusammenhang zwischen Austerität und Demokratie diskutieren, also Überlegungen anstellen, warum sich die gewählten politischen Maßnahmen negativ auf die Zufriedenheit mit der Demokratie auswirken sollten (Abschnitt 2). Danach beschreiben wir unserer Daten und Methoden (3). Die Abschnitte 4 und 5 präsentieren die Ergebnisse unserer Datenanalyse. Im Resümee werden einige Schlussfolgerungen auf Basis der empirischen Befunde gezogen (6).

## 2. Austerität und Demokratie

Für den weiteren Verlauf unserer Forschung sind zwei theoretische Klärungen notwendig: Zum einen stellen wir kurz dar, wie und warum es zu den Austeritätsmaßnahmen kam, zum anderen diskutieren wir den Zusammenhang zwischen Austerität und Demokratie.

Die Austeritätsmaßnahmen in zahlreichen Ländern Europas stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der eingangs beschriebenen Wirtschaftskrise. Selbstverständlich gibt es ganz unterschiedliche Interpretationen der Ursachen und Lösungen, aber im Verlaufe der Krise zeigte sich überdeutlich, dass das neoklassische Deutungsmuster dominant war. Dieses Deutungsmuster problematisiert die hohen Staatsschulden sowie die geringe Wettbewerbsfähigkeit der GIIPS-Länder.<sup>1</sup> Diese beiden Probleme seien für die umfassende Wirtschaftskrise, die eine rückläufige Gesamtproduktion und eine hohe Arbeitslosigkeit beinhaltet, verantwortlich. Zur Lösung der Staatsschuldenkrise fordert dieser Ansatz vor allem einschneidende Kürzungen des Staatshaushalts (unter den Stichworten „fiscal consolidation“ und „austerity“). Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit soll durch Reformen in der polit-ökonomischen Regulation („structural reforms“) und durch die Reduktion der Produktionskosten („internal devaluation“) erfolgen. Sowohl die Kürzungen im Staatshaushalt als auch die Strukturreformen würden das Vertrauen erhöhen und die Unsicherheit senken, was wiederum potenzielle Geldgeber zu Investitionen verleiten soll.

Dieses Argumentationsmuster hat nicht nur eine hohe mediale Präsenz, es wurde während der Krise auch in unterschiedlichen Schattierungen von zentralen Akteuren im polit-ökonomischen System sowie von prominenten Wissenschaftlern vertreten, u. a. vom Internationalen Währungsfonds (bspw. IMF 2011, 2012), der Europäischen Kommission (European Commission 2010, 2012) und von medienwirksamen Ökonomen wie Hans-Werner Sinn (2013).

Die ökonomischen und politischen Auswirkungen dieser neoklassischen Herangehensweise sind hochgradig umstritten. Aus einer keynesianischen Perspektive (Krugman 2012; Flassbeck 2012a, 2012b) werden hier die falschen Ursachen der Krise benannt und damit auch die falschen Lösungsvorschläge gewählt. Insbesondere die Nachfrageschwäche werde durch die Sparmaßnahmen noch akzentuiert. Nicht beachtet werde, dass das institutionelle Setting der Gemeinschaftswährung einen Einfluss auf die Performance von Nationen hat (De Grauwe 2011; Scharpf 2011), was die Überwindung der Krise unwahrscheinlich erscheinen lasse.

Grundsätzlicher ist die Kritik zahlreicher Autoren und Autorinnen, die diese Krise nicht als Versagen oder Fehler von Akteuren innerhalb des Kapitalismus verstehen, sondern die derzeitige Situation als Krise des demokratischen Kapitalismus, also des Systems selbst interpretieren. Für unsere Zwecke ist wichtig, dass in diesem Zusammenhang die jüngste Krise als Teil einer historischen Abfolge von Krisen gesehen wird, die durch Widersprüchlichkeiten des Systems verursacht wird. Zentraler Widerspruch ist jener zwischen der Logik des Marktes und der Logik der Demokratie (Streeck 2011, 2013; Habermas 2013).

Streeck und Habermas betten die derzeitige Krise in eine gesamthafte Krise des demokratischen Kapitalismus ein. Demnach bestehen grundsätzliche Spannungen zwischen dem grundlegenden Prinzip der Demokratie, also kollektiven Entscheidungen auf der Basis von Wahlen, und dem Prinzip der Grenzproduktivität, also dem freien Spiel der Marktkräfte: „Governments that fail to attend to democratic claims for protection and redistribution risk losing their majority, while those that disregard the claims for compensation from the owners of productive resources, as expressed in the language of marginal productivity, cause economic dysfunctions that will become increasingly unsustainable and thereby also undermine political support“ (Streeck 2011, S. 7f.).

Laut Streeck führt diese Unvereinbarkeit der Ziele des demokratischen Kapitalismus zu regelmäßig wiederkehrenden Krisen, die sich zwar unterschiedlich manifestieren, aber dennoch auf das systemimmanente Problem des demokratischen Kapitalismus zurückzuführen sind. Es scheint zudem, so Streeck, als seien die Möglichkeiten, die Spannungen zwischen der Logik des Kapitalismus und der Logik der Demokratie zu entschärfen, an ihr Ende gekommen. Streeck sieht kurzfristig keine Lösung des Problems. Im Gegenteil klingt seine Beschreibung der Situation in den am stärksten betroffenen Staaten eher fatalistisch: „Where democracy as we know it is effectively suspended, as it already is in countries like Greece, Ireland and Portugal, street riots and popular insurrection may be the last remaining mode of political expression for those devoid of market

<sup>1</sup> Diese Ländergruppe umfasst Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien.

power. Should we hope in the name of democracy that we will soon have the opportunity to observe a few more examples?" (Streeck 2011, S. 28).

Aus der grundlegenden Interpretation der Krise als systemimmanentes Problem des demokratischen Kapitalismus kann man nun den für unsere Forschung konkreten Zusammenhang zwischen Demokratie und Austerität ableiten. Indizien für diesen Zusammenhang sind in der Forschung zahlreich zu finden. Schäfer (2013) zeigt, wie weiter oben schon erwähnt, dass ökonomische Faktoren einen gewichtigen Einfluss auf die Demokratie besitzen: „[...] differences in the level of democracy satisfaction result from differences in income equality (in West European countries). [...] It is the level of development that triggers satisfaction with democracy rather than equality (in Central and Eastern European countries)" (Schäfer 2013, S. 156).

Er schließt also von der generellen wirtschaftlichen Entwicklung und nicht so sehr von der konkreten Austeritätspolitik auf die Zufriedenheit mit der Demokratie. Armingeon und Guthmann (2014) sind hier konkreter, beziehen sich in ihrer Analyse der Auswirkungen dieser Politik auf die Zufriedenheit mit der Demokratie aber stark auf die Frage der sogenannten IMF-Konditionalität, also der Oktroyierung politischer Maßnahmen „von außen“ auf Nationen und deren Auswirkung auf die Einstellung zur Demokratie. Allerdings bestätigen auch sie, dass die Unterstützung nationaler Demokratien eng mit der Wahrnehmung der Lebensbedingungen eines Landes verknüpft ist, was sich in tatsächlichem und erwartetem ökonomischem Erfolg ausdrücken sollte (Armingeon/Guthmann 2014, S. 426). Die ökonomische Performance habe aber in der Krise massiv gelitten. Unstrittig erscheint auch, dass in vielen der krisengeplagten Länder externe Akteure eine wichtige Rolle gespielt haben, indem sie Austeritätsmaßnahmen forderten, die die Rezession mutmaßlich verlängerten und verstärkten. Armingeon und Guthmann (ebd., S. 427) heben aber hervor, dass es sehr wohl sein könne, dass nicht das Oktroyieren von außen, sondern die Austeritätspolitik selbst die Zustimmung zur Demokratie beschädige. Selbstverständlich muss auch in Betracht gezogen werden, dass nationale politische Entwicklungen, die nicht mit der in der Krise entstandenen Austeritätspolitik zu tun haben, eine Rolle für die Zufriedenheit mit der Demokratie spielen.

Der IMF (2012) empfahl, die schockartige konservative Fiskalpolitik zugunsten einer langfristigen und sanfteren Anpassung aufzugeben, u. a. um negative soziale Effekte zu reduzieren.<sup>2</sup> Insgesamt ist anzunehmen, dass die negativen ökonomischen Konsequenzen, die Reduktion der staatlichen Leistungen und das Gefühl der Fremdbestimmung sich auch negativ auf die Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie ausgewirkt haben.

In Bezug auf die Auswirkung nationaler Kontextfaktoren auf die Zufriedenheit mit der Demokratie zeigt Schäfer (2013), dass westeuropäische Bürgerinnen und Bürger zufriedener sind als osteuropäische. Zudem wird klar, dass

innerhalb Westeuropas die Zufriedenheit in egalitären Ländern am höchsten ist (Schäfer 2010; Anderson/Singer 2008). Entscheidend ist zudem das Ausmaß der ökonomischen Entwicklung: je reicher ein Land, desto zufriedener dessen Bürgerinnen und Bürger (vgl. auch Tóka 1995; Waldrön-Moore 1999). Clarke, Dutt und Kornberg (1993) zeigen den negativen Einfluss hoher Arbeitslosigkeit und starker Inflation auf die Zufriedenheit mit der Demokratie. Auch auf der Individualebene sind ähnliche Faktoren wirkkräftig: Personen mit höherem sozio-ökonomischen Status – gemessen an Einkommen und Bildung – sind zufriedener mit der Demokratie (Schäfer 2013).

Auf der Basis der gezeigten theoretischen Zugänge und der zum Thema dargestellten bisherigen Forschung lässt sich unsere zentrale *Hypothese* ableiten:

*Länder mit einer prononzierten Austeritätspolitik erleben eine geringere Zufriedenheit mit der Demokratie als Länder mit einer weniger prononzierten oder keiner Austeritätspolitik.*

Die europäischen Staaten unterscheiden sich nun markant bezüglich des Ausmaßes der fiskalischen Konsolidierung. Besonders starke Anstrengungen haben in der Zeitperiode von 2009 bis 2012 Länder wie Griechenland, Portugal, Spanien, Irland und Island unternommen (eigene Berechnungen mit Daten aus IMF 2016; siehe auch *Tabelle 2*). Typischerweise wurden große Einschnitte in der Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik durchgeführt, was sich negativ auf die Lebensqualität vieler Bewohnerinnen und Bewohner auswirkte. Den Gegenpol dazu bilden Länder, die eine leicht expansive Politik verfolgten, etwa Schweden, Dänemark oder Estland. Diese Krisenpolitik ist – sowohl was die Substanz der Maßnahmen als auch den Prozess ihrer Durchsetzung betrifft – nicht unproblematisch, denn, so unsere These, sie schädigt das Funktionieren der und die Zufriedenheit mit den europäischen Demokratien.

### 3. Daten und Methoden

Als Datenbasis für unsere weiteren Analysen dient der European Social Survey (ESS 2012a; Ed. 2.2), in dem Personen befragt wurden, die 15 Jahre oder älter sind. Im ESS wird nach der Zufriedenheit mit der Demokratie gefragt. Da wir sowohl an den individuellen Einflüssen als auch an den gesellschaftlichen Einflussgründen – insbesondere der Austeritätspolitik – interessiert sind, überprüfen wir die Zufriedenheit mit der Demokratie anhand einer Mehrebenenanalyse. Unsere ►

2 "Adjustment packages need to be carefully designed to limit negative social effects and at the same time improve their sustainability: fiscal adjustments that are seen as unfair are unlikely to be sustainable." (IMF 2012, S. 35)

Daten sind hierarchisch strukturiert (Individuen gruppiert in Ländern), deswegen bietet sich diese Methode an (Hox 2010; Snijders/Bosker 2011). Ein konventionelles Regressionsmodell würde die Effekte überschätzen, weil die Annahme der Unabhängigkeit zwischen den Fällen und damit zwischen den Fehlertermen verletzt würde. Mehrebenenanalysen ermöglichen es, dass die abhängige Variable über individuelle und kontextuelle Einheiten variiieren kann, so können individuelle und kontextuelle Ebene gleichzeitig überprüft werden (Raudenbush/Bryk 2002).

Insgesamt haben 29 Länder am ESS 2012 teilgenommen, aufgrund der von uns verwendeten Austeritätsvariable können wir in den berechneten Modellen aber nur 24 berücksichtigen.<sup>3</sup> Beim zentralen Modell gehen insgesamt 32.221 Fälle in die Berechnungen ein.

Als abhängige Variable dient uns eine direkte Frage zur Zufriedenheit mit der Demokratie im jeweiligen Land, die im European Social Survey wie folgt formuliert ist: „And on the whole, how satisfied are you with the way democracy works in [country]?“ Antwortmöglichkeiten bestehen zwischen „extremely dissatisfied“ (0) und „extremely satisfied“ (10) (ESS 2012b).

Es handelt sich hierbei um eine gut eingeführte Standardvariable (Anderson/Guillory 1997; Linde/Ekman 2003; Schäfer 2013; Armingeon/Guthmann 2014). In den ergänzenden Auswertungen berücksichtigen wir zusätzlich die Zufriedenheit mit der Regierung und das Vertrauen in das Parlament, in Politiker und politische Parteien, die Zufriedenheit mit der nationalen Regierung, eine Einschätzung, wie demokratisch das Land ist, sowie eine Einschätzung der Wichtigkeit, in einem demokratisch regierten Land zu leben. Diese zusätzlichen Berechnungen sollen helfen, ein detailliertes Bild der Folgen der Austeritätspolitik zu erhalten.<sup>4</sup>

Die unabhängigen Variablen sind einerseits auf der Individualebene der Personen und andererseits auf der Länderebene angesiedelt. Die für unsere Hypothese zentrale

Variable ist die der Austerität auf Länderebene. Bei dieser stellt sich einerseits die Frage, für welchen Zeitraum man einen Einfluss der Austeritätsmaßnahmen auf die Zufriedenheit mit der Demokratie misst, andererseits gibt es verschiedene Ansätze zur Messung von Austerität. Der hier verwendete Indikator stützt sich auf Messungen der Veränderungen im Staatshaushalt<sup>5</sup> zwischen den Jahren 2009 und 2012, dabei zeigt sich die Austerität in einer Verbesserung der Primärbilanz. Dieser Indikator wird unter anderem von De Grauwe und Ji (2013) verwendet.<sup>6</sup>

Die begrenzte Zahl der Länder unserer Untersuchung, also der Fälle auf der zweiten Ebene, erlaubt uns nur eine beschränkte Zahl an Variablen auf dieser Ebene als Kontrollvariablen aufzunehmen. Auf der Ebene der Länder fügen wir dementsprechend noch zwei Variablen hinzu, die in der Literatur als zentral erachtet werden: einerseits den Wohlstand eines Landes, gemessen als kaufkraftkorrigiertes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf,<sup>7</sup> und andererseits die Arbeitslosenrate der Länder.<sup>8</sup> Es steht außer Frage, dass auch andere Variablen theoretisch von Interesse sein könnten, wie z. B. die Erwerbsrate, ökonomische Ungleichheit, EU-Mitgliedschaft, Euro-Mitgliedschaft oder auch die Frage, ob es sich um ein west- oder osteuropäisches Land handelt, wir müssen uns aber auf die aus unserer Sicht wichtigsten Variablen beschränken.

Auf der Individualebene bedienen wir uns einer Reihe von Standardvariablen, wie sie zum Beispiel auch von Schäfer (2013) oder Armingeon und Guthmann (2014) verwendet werden: das Alter der Personen, zudem das quadrierte Alter, um etwaige nicht lineare Zusammenhänge darzustellen, das Geschlecht, Bildung gemessen nach Bildungsjahren, das Haushaltseinkommen als Maß des Wohlstands, Erwerbslosigkeit, die persönliche politische Position auf der Links-rechts-Skala (dieselbe Variable auch quadriert), ein Maß des politischen Interesses, die Religiosität der Individuen sowie die Frage, ob man In- oder Ausländer in einem Land ist.<sup>9</sup> Um zu sehen, bei welchen gesellschaftlichen Grup-

3 Dies sind: Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Island, Israel, Italien, Litauen, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Russland, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ukraine und das Vereinigte Königreich.

4 Die verwendeten Variablen sind: Vertrauen ins Parlament (trstprl), Vertrauen in Politiker (trstplt), Vertrauen in politische Parteien (trstprt), Zufriedenheit mit der nationalen Regierung (stfgov), Einschätzung, wie demokratisch das Land ist (dmctcov) und eine Einschätzung der Wichtigkeit einer demokratischen Regierung (implvdm). Alle Variablen haben eine Antwortskala, die von 0 (Ablehnung, negative Einschätzung) bis 10 (Zustimmung, positive Einschätzung) reicht.

5 Dazu verwenden wir die "General Government Cyclically Adjusted Primary Balance (Percent of potential GDP)" (IMF 2016).

6 Alternativ dazu gibt es ein Maß des IMF (2012), welches Austeritätsmaßnahmen in unterschiedlichen Einnahmen- und Ausgabenkategorien aufschlüsselt und unter anderem

von Krugman (2013) verwendet wurde. Die Daten stammen aus der Abbildung 15 („Change in Revenue and Expenditure Items, 2009–12“) im Fiscal Monitor vom Oktober 2012 (IMF 2012). Die Verwendung dieser Variable führt zu einer geringeren Zahl an Fällen. Es wurden auch Modelle für diesen alternativen Indikator durchgeführt. Die Analysen bestätigen im Wesentlichen unsere Ergebnisse.

7 „GDP per capita, PPP (constant 2011 international \$)“ im Jahr 2012. Zahlen von den World Development Indicators der Weltbank. In den Berechnungen wird die Variable logarithmiert.

8 „Unemployment, total (% of total labor force) (modeled ILO estimate)“ im Jahr 2012. Zahlen von den World Development Indicators der Weltbank.

9 In die Analysen fließen die folgenden ESS-Variablen ein: Alter (agea), Bildung (eduhrs), Bürger (ctcntr), Erwerbslosigkeit (uempla/uempli), Geschlecht (gndr), Haushaltseinkommen (hinctnta), politisches Interesse (polintr), politische Positionierung (irscale), Religiosität (rlgdgr).

TABELLE 1

**Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie**

Durchschnittliche Zufriedenheitswerte auf einer Skala von 0 bis 10

Land	2008	2010	2012	Differenz 2008–2012
Belgien	5,17	5,22	5,85	0,68
Dänemark	7,24	6,89	7,29	0,05
Deutschland	5,49	5,28	6,18	0,69
Estland	4,55	5,13	4,94	0,40
Finnland	6,52	6,23	6,91	0,39
Frankreich	4,55	4,27	5,16	0,60
Irland	4,48	4,97	5,49	1,01
Island	n.a.	n.a.	5,73	n.a.
Israel	5,07	5,17	5,91	0,83
Italien	n.a.	n.a.	4,07	n.a.
Litauen	n.a.	3,50	5,03	n.a.
Niederlande	6,25	6,22	6,33	0,09
Norwegen	6,58	6,94	7,24	0,66
Polen	4,82	5,00	4,89	0,08
Portugal	4,05	3,57	3,98	-0,07
Russland	3,92	3,82	3,83	-0,08
Schweden	6,48	6,77	7,03	0,56
Schweiz	6,93	7,06	7,36	0,43
Slowakei	4,89	4,17	4,91	0,02
Slowenien	4,74	3,21	3,61	-1,14
Spanien	5,83	5,06	3,95	-1,88
Tschechische Republik	4,85	4,83	5,03	0,19
Ukraine	2,56	3,15	3,31	0,75
Vereinigtes Königreich	4,92	4,89	5,61	0,68

Quelle: ESS 2008, 2010, 2012; Berechnungen der Autoren mit post-stratification weight.

WSI Mitteilungen

pen die Austerität einen besonders starken Einfluss hat, werden zusätzlich Interaktionseffekte zwischen dem Austeritätsmaß und den Individualvariablen berechnet.

Im Folgenden präsentieren wir zu Beginn deskriptive Ergebnisse (4) und gehen dann auf unserer multivariates Mehrebenenmodell zur Überprüfung der Hypothese ein (5).

deren Ländern stieg die Zufriedenheit mit der Demokratie sogar an. Im Durchschnitt unseres Samples hat die Zufriedenheit zugenommen, aber es liegt eine sehr heterogene Entwicklung zwischen den Ländern vor.

Tabelle 2 zeigt das Maß der Austerität für die Jahre 2009 bis 2012 auf der Basis des Indikators nach De Grauwe und Ji (2013). Die stärksten Austeritätsmaßnahmen sind in den Ländern zu verzeichnen, die man erwartet hätte (Irland, Island, Portugal, Spanien). Hinzu kommen Litauen, Polen, Slowenien, die Slowakei, Russland und das Vereinigte Königreich. Zu den Ländern, deren Austeritätspolitik gering oder gar nicht ausgeprägt ist, gehören etwa Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Israel, Schweden, die Schweiz und die Ukraine. Auch in Bezug auf das Ausmaß der Austerität können wir erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern attestieren.

Ein erster Blick auf den Zusammenhang zwischen Austerität und Zufriedenheit mit der Demokratie zeigt Abbildung 1. Auf der X-Achse ist das Maß der Austerität ab-

## 4. Deskriptive Ergebnisse

Einen ersten Eindruck von der Zufriedenheit mit der Demokratie geben uns die Länderdurchschnitte für die Jahre 2008, 2010 und 2012 (Tabelle 1). Ein Rückgang mit der Zufriedenheit ist in den Ländern Portugal, Russland, Slowenien und Spanien zu finden. Eine stabile Zufriedenheit mit der Demokratie zeichnet die Länder Dänemark, Niederlande, Polen, Slowakei und Tschechien aus. In den an-

TABELLE 2

**Ausmaß der Austerität, 2009–2012\***

Angaben in Prozentpunkten

	Primärüberschuss 2009	Primärüberschuss 2012	Austerität: Differenz 2009–2012
Belgien	−1.247	−0.816	0.431
Dänemark	−0.164	−2.251	−2.087
Deutschland	1.379	1.774	0.395
Estland	1.791	0.150	−1.641
Finnland	−0.435	−0.879	−0.444
Frankreich	−3.450	−1.582	1.868
Irland	−9.231	−1.519	7.712
Island	−7.012	0.257	7.269
Israel	−0.865	−1.228	−0.363
Italien	0.410	3.285	2.875
Litauen	−5.652	−0.437	5.215
Niederlande	−1.693	−0.754	0.939
Norwegen	−8.529	−7.326	1.202
Polen	−4.751	−1.148	3.603
Portugal	−6.204	−0.920	7.124
Russland	−6.244	0.225	6.470
Schweden	0.925	−0.266	−1.191
Schweiz	1.463	0.667	−0.796
Slowakei	−5.377	−2.292	3.085
Slowenien	−3.435	−0.217	3.218
Spanien	−9.119	−1.235	7.884
Tschechische Republik	−4.336	−2.079	2.257
Ukraine	−1.112	−2.560	−1.447
Vereinigtes Königreich	−7.707	−3.760	3.947

\* Austerität operationalisiert als Differenz zwischen dem Primärüberschuss 2009 und 2012 in Prozentpunkten.

Quelle: IMF (2016); General Government Cyclically Adjusted Primary Balance (% des potenziellen BIP).

WSI Mitteilungen

getragen, auf der Y-Achse die durchschnittliche Zufriedenheit nach Land.

Der bivariate Zusammenhang zwischen der Veränderung im Staatshaushalt und der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist recht stark ( $r = -0,496$ ;  $\text{sig.} = 0,014$ ). Verkleinerungen des Staatshaushalts um einen Prozentpunkt des Bruttoinlandprodukts gehen mit einer um 0,191 Punkte geringeren Zufriedenheit mit der Demokratie einher. Es findet sich auch ein Zusammenhang zwischen Austerität und der Veränderung der Demokratiezufriedenheit ( $r = -0,445$ ;  $\text{sig.} = 0,043$ ).<sup>10</sup>

Im Folgenden zeigen wir nun, inwiefern dieses Ergebnis aufrecht zu erhalten ist, wenn man eine Mehrebenenanalyse durchführt, also Kontrollvariablen auf individueller und Länderebene hinzufügt (*Tabelle 3*).

## 5. Multivariate Ergebnisse

Mehrebenenanalysen beginnen typischerweise mit einem leeren Modell, um zu eruieren, wie stark die Varianz der abhängigen Variable vom Kontext (Länderebene) abhängt. In unserer Analyse kann Modell 1 genutzt werden, um die Varianz der Zufriedenheit mit der Demokratie zwischen den Ländern zu untersuchen. Dazu nutzen wir den sogenannten Intra-Class Correlation Coefficient (Hox 2010; Snijders/Bosker 2011). Der Koeffizient in Modell 1 beträgt 0,233. Das heißt, fast ein Viertel der Varianz der Zufrieden-

10 Dieser Zusammenhang hängt stark vom Fall Spanien ab. Unter Ausschluss dieses Landes verringert sich die Korrelationsstärke beträchtlich.

heit kann auf die Varianz auf der Länderebene zurückgeführt werden (*Tabelle 3*).

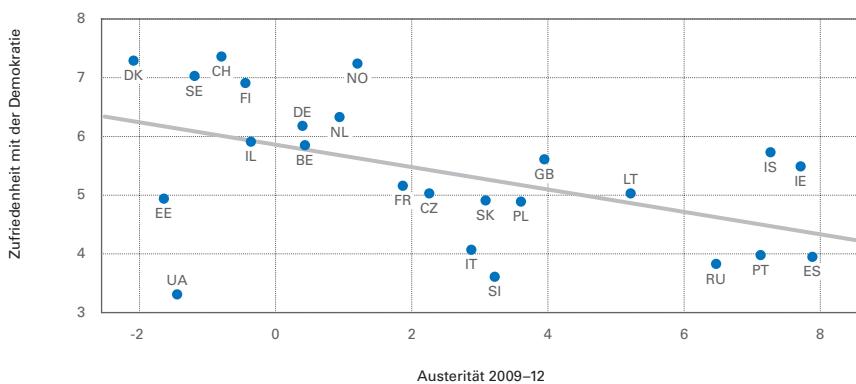
Die individuellen Variablen zeigen im Wesentlichen die erwarteten Zusammenhänge und sind über die Modelle stabil. Die Zufriedenheit nimmt zunächst mit dem Alter ab und steigt dann für Ältere wieder an. Männer sind zufriedener mit der Demokratie als Frauen. Höher Gebildete sind tendenziell zufriedener als niedrig Gebildete. Je höher das Einkommen ist, desto zufriedener ist man mit der Demokratie. Erwerbslose sind deutlich unzufriedener mit der Demokratie als nicht Erwerbslose. Die Zufriedenheit mit der Demokratie nimmt politisch von links bis zur Mitte zu und sinkt dann mit stärker rechter politischer Haltung wieder. Je geringer das politische Interesse,<sup>11</sup> desto unzufriedener sind die Personen mit der Demokratie. Je religiöser eine Person ist, desto zufriedener ist sie tendenziell mit der Demokratie.<sup>12</sup> Schließlich sind Staatsangehörige eines Landes unzufriedener mit der Demokratie als dort lebende Ausländerinnen und Ausländer.

*Tabelle 3* zeigt auch den Einfluss der Variablen auf Länderebene, also die Austeritätsmaßnahmen, die Höhe der Arbeitslosigkeit und den wirtschaftlichen Wohlstand eines Landes. Die Länderebenenvariablen wurden für die Individualvariablen kontrolliert (Modell 3). Die Ergebnisse bestätigen die von uns getroffenen Annahmen teilweise. Je höher der Pro-Kopf-Wohlstand eines Landes, desto höher ist die Zufriedenheit mit der Demokratie. Kein Effekt konnte für das Ausmaß der Erwerbslosigkeit eines Landes nachgewiesen werden. Dagegen zeigt sich ein deutlich negativer Effekt des Grades der Austerität eines Landes auf die Zufriedenheit mit der Demokratie.<sup>13</sup> Unter Kontrolle der individuellen Variablen, der Erwerbslosigkeit und des Wohlstandes eines Landes finden wir also einen substantiellen negativen Effekt der Austerität auf die Einstellung zur Demokratie der Bewohnerinnen und Bewohner.<sup>14</sup> Dieser Effekt entspricht den formulierten theoretischen Erwartungen.

Um die Frage zu beantworten, ob der Effekt der Austerität auf die Zufriedenheit mit der Demokratie für einzelne Gruppen der Bevölkerung stärker ausfällt als für andere, haben wir zusätzlich noch Interaktionseffekte<sup>15</sup> zwischen individuellen Variablen und dem Maß der Austerität berechnet. Keine solchen Interaktionseffekte finden sich bei Geschlecht

ABB. 1

### Zusammenhang zwischen der Austerität und der Zufriedenheit mit der Demokratie\*



BE = Belgien, CH = Schweiz, CZ = Tschechische Republik, DE = Deutschland, DK = Dänemark, EE = Estland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, GB = Großbritannien, IL = Israel, IE = Irland, IS = Island, IT = Italien, LT = Litauen, NL = Niederlande, NO = Norwegen, PL = Polen, PT = Portugal, RU = Russland, SE = Schweden, SI = Slowenien, SK = Slowakei, UA = Ukraine

\* Austerität 2009–12: Veränderung des Primärüberschusses zwischen 2009 und 2012 in Prozentpunkten; Zufriedenheit mit der Demokratie 2012: Skala zwischen 0 und 10

Quelle: Darstellung der Autoren auf Grundlage ESS 2012 und IMF 2016.

WSI Mitteilungen

und Erwerbslosigkeit, d. h. wir können keinen unterschiedlichen Effekt der Austerität zwischen den Geschlechtern oder zwischen Erwerbstägigen und Arbeitslosen nachweisen. Schwächer negative Effekte der Austerität auf die Zufriedenheit können wir bei weniger links oder rechts orientierten, geringer politisch Interessierten sowie religiösen Personen feststellen. Mit höherer Bildung, höherem Einkommen sowie der Staatsbürgerschaft des betreffenden Landes verstärkt sich der negative Effekt der Austerität auf die politische Zufriedenheit dagegen. Konkret bedeutet dies, dass stärkere Austeritätsmaßnahmen bei folgenden Personengruppen zu einer niedrigeren Zufriedenheit mit der Demokratie führen: die mittlere Generation, Personen mit höherer Schulbildung, Personen mit höherem Haushaltseinkommen, Personen mit linken oder rechten politischen Einstellungen, Personen mit hohem politischen Interesse, Personen, die nicht religiös sind, sowie den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern eines Landes. ▶

11 Ein niedriger Wert in der Variablen entspricht einem höheren Interesse.

12 Der Zusammenhang ist nicht ganz linear, was eine interessante weiterführende Fragestellung aufwirft.

13 In einem Mehrebenenmodell ohne Kontrollvariablen beträgt der Koeffizient für den Zusammenhang zwischen Austerität und der abhängigen Variable  $-0,189$  ( $\text{sig.} = 0,014$ ), unter Kontrolle der beiden Variablen auf Länderebene ist der Zusammenhangswert  $-0,151$  ( $\text{sig.} = 0,004$ ) (beide Modelle nicht in Tabelle 3), unter Kontrolle der Länder- und Individualdaten beträgt er  $-0,140$  ( $\text{sig.} = 0,003$ ) (siehe Modell 3).

14 Mit jedem Prozentpunkt Austerität – gemessen als „General Government Cyclically Adjusted Primary Balance (Percent of potential GDP)“ – verringert sich die Zufriedenheit um 0,140 Einheiten. Bei einer Spannweite der Austerität von gut 10 Prozentpunkten zwischen den Extremländern ( $-2,087$  Prozentpunkte für Dänemark und  $7,884$  Prozentpunkte für Spanien) ergibt sich ein Unterschied von gut 1,4 Einheiten der abhängigen Variablen.

15 Die Interaktionseffekte werden ausschließlich deskriptiv dargestellt, eine ausführliche Interpretation ist im Rahmen dieses Artikels nicht möglich.

TABELLE 3

**Zufriedenheit mit der Demokratie – Ergebnisse des Mehrebenenmodells**

	Modell 1: leer		Modell 2: nur Individualebene		Modell 3: Individual- u. Länderebene	
	Coef.	SE	Coef.	SE	Coef.	SE
<b>Individualebene</b>						
Alter			-0.040***	0.004	-0.040***	0.004
Alter quadriert			0.000***	0.000	0.000***	0.000
Geschlecht (Basis: Frau)			0.081***	0.024	0.081***	0.024
Bildungsjahre			0.021***	0.003	0.021***	0.003
Haushaltseinkommen			0.082***	0.005	0.082***	0.005
Erwerbslosigkeit (Basis: nicht erwerbslos)			-0.204***	0.048	-0.203***	0.048
Links-rechts-Skala			0.241***	0.018	0.241***	0.018
Links-rechts-Skala quadriert			-0.013***	0.002	-0.013***	0.002
Politisches Interesse			-0.181***	0.015	-0.180***	0.015
Religiosität			0.058***	0.004	0.059***	0.004
Staatsangehörigkeit (Basis: nicht Bürger)			-0.333***	0.062	-0.331***	0.062
(Konstante)	5.429***	0.241	5.298***	0.260	-15.183***	2.898
<b>Länderebene</b>						
Austerität					-0.140**	0.041
Erwerbslosenrate					-0.017	0.028
Wohlstand pro Kopf					4.645***	0.627
<b>Modellcharakteristik</b>						
Intraklassenkorrelation		0.233		0.217		0.056
n Personen		32221		32221		32221
n Länder		24		24		24
Eingeschränkte -2 Log Likelihood		140688.0		139204.6***		139175.8***

\* p &lt; .05; \*\* p &lt; .01; \*\*\* p &lt; .001.

Signifikanztest für die eingeschränkte -2 Log Likelihood im Vergleich zum entsprechenden, vorherigen Modell.

Quelle: Berechnungen der Autoren auf Grundlage ESS 2012.

WSI Mitteilungen

TABELLE 4

**Zufriedenheit mit der Demokratie – Interaktionseffekte Individualebene/Austerität**

		Basiseffekt der Variable		Interaktionseffekt der Variable mit Austerität	
		Coef.	SE	Coef.	SE
Modell 1	Alter	-0.035***	0.004	-0.003*	0.001
	Alter quadriert	0.000***	0.000	0.000**	0.000
Modell 2	Geschlecht (Basis: Frau)	0.076**	0.029	0.002	0.008
Modell 3	Bildungsjahre	0.034***	0.004	-0.006***	0.001
Modell 4	Haushaltseinkommen	0.095***	0.006	-0.007***	0.001
Modell 5	Erwerbslosigkeit (Basis: nicht erwerbslos)	-0.238***	0.062	0.012	0.013
Modell 6	Links-rechts-Skala	0.177***	0.022	0.026***	0.006
	Links-rechts-Skala quadriert	-0.010***	0.002	-0.001*	0.001
Modell 7	politisches Interesse	-0.232***	0.018	0.022***	0.004
Modell 8	Religiosität	0.038***	0.005	0.010***	0.001
Modell 9	Staatsangehörigkeit (Basis: nicht Bürger)	-0.133	0.007	-0.126***	0.018

\* p &lt; .05; \*\* p &lt; .01; \*\*\* p &lt; .001.

Quelle: Berechnungen der Autoren auf Grundlage ESS 2012.

WSI Mitteilungen

Um sicherzustellen, dass die Ergebnisse unserer Analysen kein Artefakt einer zu groben abhängigen Variable sind, haben wir auch Fragen mit spezifischeren Ausprägungen der Zufriedenheit mit dem politischen System überprüft. Auch diese Modelle bestätigen im Wesentlichen die von uns beschriebenen negativen Effekte der Austerität auf die Einschätzung des politischen Systems.<sup>16</sup> Die Berechnungen für alle diese Fragen zeigen, dass mit einer höheren Austerität gemeinhin eine geringere Zufriedenheit mit der Demokratie eines Landes einhergeht.

## 6. Resümee

In diesem Artikel haben wir den Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der nationalen Demokratie und Austeritätsmaßnahmen untersucht. Auf der Basis der Daten des European Social Survey wurden deskriptive und multivariate Analysen durchgeführt, abhängige Variable war die Zufriedenheit mit der Demokratie. Ausgehend von verschiedenen theoretischen Erklärungen zum Zusammenhang zwischen Austerität und Zufriedenheit mit der Demokratie formulierten wir die Hypothese, dass eine Austeritätspolitik, wie sie in vielen europäischen Ländern zum Tragen kommt, die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der nationalen Demokratie sinken lässt. Zur Überprüfung der Hypothese haben wir eine Mehrebenenanalyse berechnet, um gleichzeitig individuelle und Länderdeterminanten überprüfen zu können. Die Ergebnisse zeigen, dass neben den in bisherigen Forschungen gefundenen Effekten auch das Ausmaß der Austeritätspolitik innerhalb eines Landes die Zufriedenheit mit der Demokratie beeinflusst. Je stärker ausgeprägt die Austeritätsmaßnahmen sind, desto niedriger fällt die Zufriedenheit mit der Demokratie aus.

Es stellt sich nun die Frage, wie dieses Ergebnis theoretisch einzuordnen ist. Vertreter und Vertreterinnen der neoklassischen Lesart würden das Ergebnis als notwendigen Nebeneffekt interpretieren, der sich mit der wirtschaftlichen Erholung, also des „Durchschreitens der Talsohle“ wieder geben würde. Aus keynesianischer Perspektive ist das Ergebnis ein Indiz für die ernüchternde Erkenntnis, dass Maßnahmen, die das Problem der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht lösen, zudem die Zufriedenheit mit der Demokratie beschädigen. Die Weiterführung der Austeritätspolitik würde aus dieser Perspektive zu einer verschärften Krise und zu einer weiteren Schwächung der Demokratie führen. Aus der Perspektive von Habermas, Streeck, Wright und anderen aber wären unsere Ergebnisse dagegen ein Indiz dafür, dass die getroffenen Austeritätsmaßnahmen eine Gefahr für die Legitimation der Demokratie darstellen und somit als Hinweise darauf interpretiert werden können, dass die Logik des Kapitalismus mit der Logik der Demokratie langfristig nicht vereinbar ist. Im Moment ist noch nicht eindeutig absehbar, welche der Interpretationen sich als richtig erweisen wird. Gleich welcher Interpre-

tation man aber folgen möchte, bleibt festzuhalten: Weder wurde dieser Zusammenhang bei der Implementierung der politischen Maßnahmen gegen die Krise in Betracht gezogen, noch spielt er in der derzeitigen politischen Diskussion eine wesentliche Rolle. Dies zu ignorieren, könnte sich aber als verhängnisvoll herausstellen. ■

## LITERATUR

- Amacker, M./Budowski, M./Schief, S.** (2011): Financial crisis and precariousness in Chile and Costa Rica: Perceptions and changes in households in precarious prosperity, in: Swiss Journal of Sociology 37 (2), S. 341–359
- Anderson, C. J./Guillory, C. A.** (1997): Political institutions and satisfaction with democracy: A cross-national analysis of consensus and majoritarian systems, in: The American Political Science Review 91 (1), S. 66–81
- Anderson, C. J./Singer, M. M.** (2008): The Sensitive Left and the Impervious Right. Multilevel Models and the Politics of Inequality, Ideology, and Legitimacy in Europe, in: Comparative Political Studies 41 (4–5), S. 564–599
- Armingeon, K./Guthmann, K.** (2014): Democracy in crisis? The declining support for national democracy in European countries, 2007–2011, in: European Journal of Political Research 53 (3), S. 423–442
- Clarke, H. D./Dutt, N./Kornberg, A.** (1993): The Political economy of attitudes toward polity and society in Western European democracies, in: Journal of Politics 55 (4), S. 998–1021
- De Grauwe, P.** (2011): The governance of a fragile eurozone: Centre for European Policy Studies, CEPS Working Document (346), Brussels
- De Grauwe, P./Ji, Y.** (2013): The legacy of austerity in the Eurozone: Centre for European Policy Studies, CEPS Commentary, Brussels
- European Commission** (2010): The economic adjustment programme for Greece, Occasional Papers (61), Brussels
- European Commission** (2012): The second economic adjustment programme for Greece, Occasional Papers (94), Brussels
- ESS (European Social Survey)** (2008): ESS Round 4: Data file edition 4.3, NSD – Norwegian Centre for Research Data, Bergen
- ESS** (2010): ESS Round 5: Data file edition 3.2, NSD – Norwegian Centre for Research Data, Bergen
- ESS** (2012a): ESS Round 6: Data file edition 2.2, NSD – Norwegian Centre for Research Data, Bergen
- ESS** (2012b): Main Questionnaire, NSD – Norwegian Centre for Research Data, Bergen
- Flassbeck, H.** (2012a): Entgültig: Trennt euch, in: WOZ Die Wochenzeitung vom 06.09., S. 7
- Flassbeck, H.** (2012b): Zehn Mythen der Krise, Berlin
- Habermas, J.** (2013): Demokratie oder Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 58 (5), S. 59–70
- Hernández, E./Kriesi, H.-P.** (2015): The electoral consequences of the financial and economic crisis in Europe, in: European Journal of Political Research 55 (2), S. 203–224
- Hox, J. J.** (2010): Multilevel analysis, London
- IMF (International Monetary Fund)** (2011): Regional economic outlook: Europe. Navigating stormy waters, Washington DC
- IMF** (2012): Fiscal monitor. Taking stock: A progress report on fiscal adjustment, October, Washington DC
- IMF** (2016): Acting now, acting together, April, Washington DC
- Krugman, P.** (2012): End this depression now!, New York
- Krugman, P.** (2013): Austerity Europe, in: New York Times vom 23.02., <http://krugman.blogs.nytimes.com/2013/02/23/austerity-europe-2/> (letzter Zugriff 06.03.2017)
- Linde, J./Ekman, J.** (2003): Satisfaction with democracy: A note on a frequently used indicator in comparative politics, in: European Journal of Political Research 42 (3), S. 391–408
- Raudenbush, S. W./Bryk, A. S.** (2002): Hierarchical linear models: Applications and data analysis methods, advanced quantitative techniques in the social sciences, Vol. 1, Thousand Oaks
- Schäfer, A.** (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 4 (1), S. 131–156
- Schäfer, A.** (2013): Affluence, inequality and satisfaction with democracy, in: Keil, I. S./Gabriel, O. W. (Hrsg.): Society and democracy in Europe, London, S. 139–161

<sup>16</sup> Fragen, die weitere Aspekte der Zufriedenheit mit dem politischen System erfassen und die von uns überprüft wurden, waren: das Vertrauen der Menschen ins nationale Parlament, in Politiker, in politische Parteien, Zufriedenheit mit der nationalen Regierung, Einschätzung der Wichtigkeit, dass man in einer Demokratie lebt, Einschätzung, für wie demokratisch man das jeweilige Land hält. Die Ergebnisse dieser zusätzlichen Analysen können bei den Autoren angefragt werden.

- Scharpf, F. W.** (2011): Monetary union, fiscal crisis and the preemption of democracy, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
- Schief, S./Staub, I.** (2013): Die Krise verstehen – Konzepte und Analysen zum besseren Verständnis der derzeitigen Verwerfungen, Newsletter Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit (12), S. 12–25
- Sinn, H.-W.** (2013): Austerity, growth and inflation. Remarks on the Euro area's unresolved competitiveness problems: CESifo, CESifo Working Paper (4086), München
- Snijders, T./Bosker, R. J.** (2011): Multilevel analysis: An introduction to basic and advanced multilevel modeling, Los Angeles
- Streeck, W.** (2011): The crises of democratic capitalism, in: New Left Review 71, October, S. 5–29
- Streeck, W.** (2013): Was nun, Europa?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 58 (4), S. 57–68
- Tóka, G.** (1995): Political support in East-Central Europe, in: Klingemann, H. D./Fuchs, D. (Hrsg.): Citizens and the state, Oxford, S. 354–382
- Waldron-Moore, P.** (1999): Eastern Europe at the crossroads of democratic transition. Evaluating support for democratic institutions, satisfaction with democratic government, and consolidation of democratic regimes, in: Comparative Political Studies 32 (1), S. 32–62
- World Bank** (2016): World Development Indicators, Washington DC

- Wright, E. O.** (2010): Envisioning real utopias, London
- Wright, E. O.** (2013): Transforming capitalism through real utopias, in: American Sociological Review 78 (1), S. 1–25

#### AUTOREN

**SEBASTIAN SCHIEF**, Dr., ist Lehr- und Forschungsrat an der Universität Fribourg/Schweiz, Departement Sozialwissenschaften. Arbeitsschwerpunkte: Sozialpolitik, Arbeitsorganisation, Arbeitszeit.

@ [sebastian.schief@unifr.ch](mailto:sebastian.schief@unifr.ch)

**IVO STAUB** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Fribourg/Schweiz, Departement Sozialwissenschaften. Arbeitsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit, Wirtschaftssoziologie, Wissenschaftssysteme.

@ [ivo.staub@unifr.ch](mailto:ivo.staub@unifr.ch)